

## Pressemitteilung

### **More in Common-Umfrage vor der Europawahl: Menschen in Deutschland lieben die EU nicht, aber sehen sie als Notwendigkeit**

Am 9. Juni 2024 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Die gemeinnützige Forschungsorganisation More in Common hat deshalb untersucht, wie es um die aktuelle Beziehung der Menschen zur EU steht.

Die Umfrage zeigt, dass die **Deutschen ambivalente Einstellungen zur EU** haben: Die zwei häufigsten Eigenschaften, mit denen sie die EU assoziieren, sind „bürokratisch“ (72 %) und „notwendig“ (58 %). Nur knapp ein Viertel der Menschen (24 %) hat das Gefühl, dass die EU die Alltagsrealität der meisten Deutschen versteht – deutlich weniger als z.B. Menschen in Spanien (34 %) oder Polen (45 %).

53 % der Befragten finden, dass die deutsche Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache ist. **25 % gehen sogar davon aus, dass die deutsche EU-Mitgliedschaft in den kommenden Jahren noch wichtiger wird**, 47 % sagen sie wird genauso wichtig sein wie aktuell. Nur 24 % sprechen sich für einen Austritt Deutschlands aus der EU aus. Allerdings zeigen sich hier große Unterschiede zwischen den Parteianhängern: Ähnlich wie in Frankreich wo sich 55 % der Anhänger des Rassemblement National einen „Frexit“ befürworten (31 % im Durchschnitt), wünschen sich 52 % der AfD-Anhänger einen „Dexit“, also einen Austritt Deutschlands aus der EU (24% im Durchschnitt), unter Grünen-Anhängern sind es nur 11 %.

„Im Allgemeinen lehne Menschen die EU nicht ab, sondern sehen sie – gerade in unsicheren und von Krisen geprägten Zeiten – als Notwendigkeit. Gleichzeitig gibt es aber auch keine Europabegeisterung. Menschen sehen deutliche Defizite bei der EU und wünschen sich eine Institution, die besser funktioniert und sich ihrer Probleme annimmt“ sagt Sarah Wohlfeld, Senior Associate und Leiterin des EU-Projekts bei More in Common Deutschland.

### **Wahl inmitten pessimistischer gesellschaftlicher Stimmung**

Insgesamt findet die Europawahl in einer aufgrund der vielen Krisen weiterhin angespannten gesellschaftlichen Lage statt: 73 % der Menschen sagen, Deutschland entwickelt sich in die falsche Richtung und **62 % erleben die Gesellschaft als gespalten** (zwölf Prozent mehr als noch im Sommer 2022). Dabei wünschen sich die Menschen aber auch die gemeinsame Auseinandersetzung mit der Zukunft: **77 % der Befragten finden es braucht in Deutschland eine verbindliche Debatte darüber, wie wir zusammenleben wollen.**

„Wir sehen in unserer Forschung immer wieder, dass sich Menschen eine klare Vorstellung davon wünschen, wo es in Zukunft hingehen kann – für sie persönlich, aber auch für ihr Land. Diese Debatte sollte geführt werden.“, so Sarah Wohlfeld.

### **Auffällig: Genau bei den Themen, die den Menschen gerade wichtig sind, schätzen sie die Auswirkung der EU am häufigsten negativ ein**

Die derzeit wichtigsten Themen für die Menschen in Deutschland sind Einwanderung und Flüchtlinge (32 %), die Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum (27 %) sowie die Begrenzung von Inflation bei Energie- und Lebenshaltungskosten (26 %, Mehrfachauswahl der drei wichtigsten Themen). Und genau bei diesen Themen sehen besonders viele Menschen negative Auswirkungen der EU (Energiepreise 60 %, Lebenshaltungskosten 56 %, Einwanderung und Flüchtlingen 58 % eher negative Auswirkungen). Mit dieser Einschätzung sind die Deutschen nicht allein: Auch in Polen, Frankreich und Spanien überwiegen negative Urteile besonders in den Bereichen, die den Menschen gerade wichtig sind.

## **Anknüpfungspunkte im Europawahlkampf: Macht auf internationaler Bühne und Klimaschutz**

Die größte Zustimmung erhält die EU als „globaler Player“, der es mit anderen Großmächten aufnehmen kann und geschlossen agiert. Eine große Mehrheit der Deutschen (67 %) – und deutliche Mehrheiten ebenfalls in Frankreich, Polen und Spanien – sieht die EU als notwendig, um mit Akteuren wie China und den USA mitzuhalten.

Zudem wünschen sich Menschen eine Führungsrolle der EU bei der Bekämpfung des Klimawandels. 51 % sagen, die EU solle die Anstrengungen gegen den Klimawandel anführen, auch wenn andere globale Akteure nicht genau so viel tun (33 % sagen das Gegenteil). Klimaschutz kann sogar eine Quelle für europäischen Stolz sein: 52 % der Deutschen (60 % in Frankreich, 51 % in Polen und 72 % in Spanien) geben an, es würde sie stolz darauf machen, Europäerin bzw. Europäer zu sein, wenn die EU eine Führungsrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Umsetzung eines grünen Wandels übernehmen würde.

### **Hintergrund zur Umfrage**

More in Common untersucht seit 2019 in regelmäßigen Abständen die Dynamik der deutschen Gesellschaft, um frühzeitig Gefahren und Potenziale für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu identifizieren. In dieser Umfrage nehmen wir die gesellschaftliche Stimmung vor den Europawahlen in den Blick: Was treibt die Menschen um, wie schauen sie auf die EU und die anstehenden Wahlen und welche Themen bewegen sie?

Die Befragungen wurden gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut Verian (ehemals KANTAR Public) im Zeitraum durchgeführt. Sie basiert auf einer quantitativen, soziodemographisch quotierten Online-Panel-Befragung von 2.256 Menschen ab 18 Jahren vom 31. Januar 2024 – 28. Februar 2024 sowie qualitativen Fokusgruppen im Januar 2024. Die quantitative Befragung wurde parallel auch in Frankreich, Polen und Spanien durchgeführt.

Um gesellschaftliche Dynamiken offenzulegen und zu nuancieren, nutzt die Studie erneut die analytische Linse der 2019 identifizierten sechs gesellschaftlichen Typen von More in Common (Bevölkerungssegmente mit einem jeweils charakteristischen normativen Blick auf die deutsche Gesellschaft). Mehr Informationen zu unserem Forschungsansatz s. <https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/forschung/>

### **Über More in Common**

More in Common hat sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben. Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren. More in Common Deutschland wurde 2018 gegründet und arbeitet mit More in Common-Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich und Polen zusammen. More in Common ist überparteilich und kooperiert mit institutionellen Partnern aus unterschiedlichen Bereichen.

### **Pressekontakt**

Anna Lob, Projektmanagerin Politik & Kommunikation

Telefon: +49 1514 7966023

E-Mail: [presse@moreincommon.com](mailto:presse@moreincommon.com)